

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
– Drucksache 17/1162 –**

Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen in Deutschland

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Sören Bartol,
Martin Burkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/655 –**

Gewährleistung der Sicherheit im Schienenverkehr muss Priorität haben

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Sabine Leidig, Dr. Gesine Löttsch,
Heidrun Bluhm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/1016 –**

Den Schienenverkehr als sichere Verkehrsform erhalten und stärken

- d) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Winfried Hermann,
Fritz Kuhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/544 –**

Eisenbahnsicherheit verbessern

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Serie von gefährlichen Ereignissen mit Radsatzwellen bei ICE-Zügen und bei Güterwagen sowie die Probleme bei der S-Bahn Berlin haben gezeigt, dass

die Übertragung der Aufgaben der Sicherheitsbehörde auf das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) und auch die Einrichtung einer Eisenbahn-Unfalluntersuchungsstelle des Bundes (EUB) der richtige und sachgerechte Weg für schnelle und effektive Reaktionen der staatlichen Aufsicht sowohl im nationalen Bereich als auch bei der notwendigen Umsetzung auf europäischer Ebene ist. Es hat sich aber auch Handlungsbedarf im Bereich der Rechte und Pflichten der Betriebsleiter, im Bereich der Fahrgastrechte, im Bereich der Verantwortung von Eisenbahnunternehmen und Herstellern sowie bei der Harmonisierung der Vorschriften auf europäischer Ebene gezeigt.

Zu Buchstabe b

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein dauerhaftes und dynamisches Sicherheitskonzept für den unverzichtbaren Verkehrsträger Schiene vorzulegen; in der Europäischen Union eine stärkere Harmonisierung von Instandhaltungsvorschriften einzufordern; als Eigentümer der Deutschen Bahn AG (DB AG) ferner dafür Sorge zu tragen, dass die DB AG unter dem Eindruck der derzeitigen Sicherheitslage alle in den vergangenen Jahren durchgeführten und geplanten Schließungen von Werkstätten und Instandhaltungswerken noch einmal überprüft; die DB AG bei ihren Zügen die von den Herstellern vorgegebenen Wartungsintervalle und Sicherheitsbestimmungen konsequent einhält; die DB AG technische Probleme und Vorfälle unverzüglich dem EBA meldet und den Weisungen des Eisenbahn-Bundesamtes unmittelbar Folge leistet; die DB AG Schäden an den Zügen und Triebfahrzeugen, die innerhalb der Garantiezeit entstehen, unverzüglich gegenüber dem Hersteller geltend macht; die Hersteller der Züge über die in den Wartungsarbeiten gewonnenen Daten informiert werden, um mögliche Schäden schneller zu entdecken und den fortlaufenden Betrieb besser gewährleisten zu können; Verträge mit der Bahnindustrie in Zukunft nur noch mit einer ausreichend langen Garantiezeit abgeschlossen werden; bei Zugsbeschränkungen aufgrund von Reparaturmaßnahmen ein wesentlich besseres Notfallmanagement als derzeit aufgestellt wird; Fahrzeugkapazitäten über den Regelfahrplan hinaus gehalten werden, damit bei Zugausfällen Züge mit einer gleichen Fahrgastkapazität eingesetzt werden; nach der Verbesserung von Fahrgastrechten im letzten Jahr darauf hinzuwirken, dass diese bei sicherheits- bzw. reparaturbedingten Einschränkungen bzw. Ausfällen des Schienenverkehrs weiter optimiert werden; Maßnahmen zu ergreifen, so dass bestehende Vorschriften und Dienstanweisungen im Umgang mit Fahrgästen eingehalten werden; dem EBA die Anweisung zu erteilen, dass Unfallprüfberichte bereits nach spätestens drei Monaten veröffentlicht werden müssen, um das Parlament und die Öffentlichkeit rechtzeitig über die Ursache eines Unfalls zu informieren; eine ausführliche Statistik über Art der Unfälle und deren Folgen zu veröffentlichen; bei der Umsetzung der EU-Richtlinie gemeinsam mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen eine tragfähige Lösung zu finden und die EU-Vorgaben zur Vergabe des Sicherheitszertifikats für den Schienenbetrieb so zu konkretisieren, dass auch noch nach 2011 ein grenzüberschreitender Fernverkehr deutscher Unternehmen möglich ist.

Zu Buchstabe c

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, dem Thema Schienenverkehrssicherheit eine hohe Priorität einzuräumen und die von der Bahn praktizierte Relativierung von Sicherheitsstandards, durch geringer ausgelegte Dauerfestigkeit mit häufigeren Kontrollen, zu unterbinden; eine regelmäßige und ausführliche Statistik über die Unfälle im Schienenverkehr, ihre Art, die Häufung spezieller Unfälle usw. zu erstellen und diese öffentlich zu machen; zu veranlassen, dass die Eisenbahn-Unfalluntersuchungsbehörde des Bundes alle Untersuchungsberichte zu Unfällen spätestens ein Jahr nach dem gefähr-

lichen Ereignis veröffentlicht und erste Erkenntnisse bereits nach drei Monaten veröffentlicht; durch geeignete Maßnahmen auf EU-Ebene dafür Sorge zu tragen, dass im stark liberalisierten Schienengüterverkehr die notwendigen Sicherheitsstandards gewährleistet werden; auf die Deutsche Bahn AG in geeigneter Form dahingehend Einfluss zu nehmen, dass der Austausch der Radsatzwellen der ICE-Garnituren in der technisch kürzest möglichen Frist erfolgt; sich auf EU-Ebene für die notwendigen Konsequenzen aus der Tatsache einzusetzen, dass die realen Belastungen im gegenwärtigen Schienenverkehr deutlich größer sind als bisher angenommen und als bisher in den für die Radsätze geltenden Normen abgebildet; offenzulegen, welche Reparatur- und Instandhaltungskapazitäten in den letzten zehn Jahren im Bereich der Deutschen Bahn AG abgebaut und in welchem Umfang Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen qualitativ und quantitativ reduziert wurden; dafür Sorge zu tragen, dass das Eisenbahn-Bundesamt personell deutlich aufgestockt wird, damit dieses seinen Aufgaben besser gerecht werden kann und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Eisenbahn-Bundesamt einen unabhängigen, dem Bundesrechnungshof vergleichbaren Status erhält.

Zu Buchstabe d

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein Konzept vorzulegen, wie die Sicherheit des Eisenbahnverkehrsunternehmens übergreifend weiterentwickelt wird und in Zukunft die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs effizient und präventiv überwacht wird und die Verlässlichkeit von Zulassungsverfahren gewährleistet werden kann und in ihrer Eigentümerfunktion auf das bundeseigene Unternehmen DB AG derart einzuwirken, dass die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Eisenbahnbetriebs nicht dem Renditedruck unterworfen wird und die Anreize und Vorgaben für die Unternehmensführung an Zuverlässigkeit, Sicherheit und Steigerung des intermodalen Marktanteils ausgerichtet werden.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme einer Entschließung, mit der die Bundesregierung aufgefordert wird, ein Konzept für eine Weiterentwicklung der Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen in Deutschland vorzulegen, welches insbesondere die Aspekte der Stärkung der Verantwortung und der Rechte des Betriebsleiters, der Anpassung der Regelungen zum Bau und Betrieb sicherer Fahrzeuge, der Verbesserung der Fahrgastrechte, der Harmonisierung von Instandhaltungsvorschriften in der EU, der Förderung der Entwicklung und Erprobung innovativer Schienenfahrzeuge im Hinblick auf einen sicheren und automatisierten Betrieb und der Prüfung, ob zukünftig eine externe Überprüfung der Triebfahrzeuge bzw. Waggons durch Dritte notwendig und sinnvoll ist, beinhaltet.

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1162 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/655 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Buchstabe d

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/544 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe c

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe d

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/1162 anzunehmen;

den Antrag auf Drucksache 17/655 abzulehnen;

den Antrag auf Drucksache 17/1016 abzulehnen;

den Antrag auf Drucksache 17/544 abzulehnen.

Berlin, den 21. April 2010

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Winfried Hermann
Vorsitzender

Ulrich Lange
Berichterstatter

Uwe Beckmeyer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ulrich Lange und Uwe Beckmeyer

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1162** in seiner 34. Sitzung am 25. März 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Er hat den Antrag auf **Drucksache 17/655** in seiner 22. Sitzung am 10. Februar 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe c

Er hat den Antrag auf **Drucksache 17/1016** in seiner 30. Sitzung am 17. März 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe d

Er hat den Antrag auf **Drucksache 17/544** in seiner 22. Sitzung am 10. Februar 2010 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Der Antrag beinhaltet vor allem eine EntschlieÙung, mit der die Bundesregierung aufgefordert werden soll, ein Konzept für eine Weiterentwicklung der Gewährleistung der Sicherheit der Eisenbahnen in Deutschland vorzulegen, welches insbesondere die Aspekte der Stärkung der Verantwortung und der Rechte des Betriebsleiters, der Anpassung der Regelungen zum Bau und Betrieb sicherer Fahrzeuge, der Verbesserung der Fahrgastrechte, der Harmonisierung von Instandhaltungsvorschriften in der EU, der Förderung der Entwicklung und Erprobung innovativer Schienenfahrzeuge im Hinblick auf einen sicheren und automatisierten Betrieb und der Prüfung, ob zukünftig eine externe Überprüfung der Triebfahrzeuge bzw. Waggons durch Dritte notwendig und sinnvoll ist, beinhaltet.

Zu Buchstabe b

Der Antrag beinhaltet unter anderem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein dauerhaftes und dynamisches Sicherheitskonzept für den unverzichtbaren Verkehrsträger Schiene vorzulegen; in der Europäischen Union eine stärkere Harmonisierung von Instandhaltungsvorschriften einzufordern; als Eigentümer der DB AG ferner dafür Sorge zu tragen, dass die DB AG unter dem Eindruck der derzeitigen Sicherheitslage alle in den vergangenen Jahren durchgeführten und geplanten Schließungen von Werkstätten und Instandhaltungswerken noch einmal überprüft; die DB AG bei ihren Zügen die von den Herstellern vorgegebenen Wartungsintervalle und Sicherheitsbestimmungen konsequent einhält; die DB AG technische Probleme und Vorfälle unverzüglich dem EBA meldet und den Weisungen des Eisenbahn-Bundesamtes unmittelbar Folge leistet; die DB AG Schäden an den Zügen und Triebfahrzeugen, die innerhalb der Garantiezeit entstehen, unverzüglich gegenüber dem Hersteller geltend macht; die Hersteller der Züge über die in den Wartungsarbeiten gewonnenen Daten informiert werden, um mögliche Schäden schneller zu entdecken und den fortlaufenden Betrieb besser gewährleisten zu können; Verträge mit der Bahnindustrie in Zukunft nur noch mit einer ausreichend langen Garantiezeit abgeschlossen werden; bei Zugeinschränkungen aufgrund von Reparaturmaßnahmen ein wesentlich besseres Notfallmanagement als derzeit aufgestellt wird; Fahrzeugkapazitäten über den Regelfahrplan hinaus gehalten werden, damit bei Zugausfällen Züge mit einer gleichen Fahrgastkapazität eingesetzt werden; nach der Verbesserung von Fahrgastrechten im letzten Jahr darauf hinzuwirken, dass diese bei sicherheits- bzw. reparaturbedingten Einschränkungen bzw. Ausfällen des Schienenverkehrs weiter optimiert werden; Maßnahmen zu ergreifen, so dass bestehende Vorschriften und Dienstanweisungen im Umgang mit Fahrgästen eingehalten werden; dem EBA die Anweisung zu erteilen, dass Unfallprüfberichte bereits nach spätestens drei Monaten veröffentlicht werden müssen, um das Parlament und die Öffentlichkeit rechtzeitig über die Ursache eines Unfalls zu informieren; eine ausführliche Statistik über Art der Unfälle und deren Folgen zu veröffentlichen; bei der Umsetzung der EU-Richtlinie gemeinsam mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen eine tragfähige Lösung zu finden und die EU-Vorgaben zur Vergabe des Sicherheitszertifikats für den Schienenbetrieb so zu konkretisieren, dass auch noch nach 2011 ein grenzüberschreitender Fernverkehr deutscher Unternehmen möglich ist.

Zu Buchstabe c

Der Antrag beinhaltet unter anderem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, dem Thema Schienenverkehrssicherheit eine hohe Priorität einzuräumen und die von der Bahn praktizierte Relativierung von Sicherheitsstandards, durch geringer ausgelegte Dauerfestigkeit mit häufigeren Kontrollen, zu unterbinden; eine regelmäßige und ausführliche Statistik über die Unfälle im Schienenverkehr, ihre Art, die Häufung spezieller Unfälle usw. zu erstellen und diese öffentlich zu machen; zu veranlassen, dass die Eisenbahn-Unfalluntersuchungsbehörde des Bundes alle

Untersuchungsberichte zu Unfällen spätestens ein Jahr nach dem gefährlichen Ereignis veröffentlicht und erste Erkenntnisse bereits nach drei Monaten veröffentlicht; durch geeignete Maßnahmen auf EU-Ebene dafür Sorge zu tragen, dass im stark liberalisierten Schienengüterverkehr die notwendigen Sicherheitsstandards gewährleistet werden; auf die Deutsche Bahn AG in geeigneter Form dahingehend Einfluss zu nehmen, dass der Austausch der Radsatzwellen der ICE-Garnituren in der technisch kürzest möglichen Frist erfolgt; sich auf EU-Ebene für die notwendigen Konsequenzen aus der Tatsache einzusetzen, dass die realen Belastungen im gegenwärtigen Schienenverkehr deutlich größer sind als bisher angenommen und als bisher in den für die Radsätze geltenden Normen abgebildet; offenzulegen, welche Reparatur- und Instandhaltungskapazitäten in den letzten zehn Jahren im Bereich der Deutschen Bahn AG abgebaut und in welchem Umfang Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen qualitativ und quantitativ reduziert wurden; dafür Sorge zu tragen, dass das Eisenbahn-Bundesamt personell deutlich aufgestockt wird, damit dieses seinen Aufgaben besser gerecht werden kann und die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Eisenbahn-Bundesamt einen unabhängigen, dem Bundesrechnungshof vergleichbaren Status erhält.

Zu Buchstabe d

Der Antrag beinhaltet unter anderem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein Konzept vorzulegen, wie die Sicherheit des Eisenbahnverkehrsunternehmens übergreifend weiterentwickelt wird und in Zukunft die Sicherheit des Eisenbahnverkehrs effizient und präventiv überwacht wird und die Verlässlichkeit von Zulassungsverfahren gewährleistet werden kann und in ihrer Eigentümerfunktion auf das bundeseigene Unternehmen DB AG derart einzuwirken, dass die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Eisenbahnbetriebs nicht dem Renditedruck unterworfen wird und die Anreize und Vorgaben für die Unternehmensführung an Zuverlässigkeit, Sicherheit und Steigerung des intermodalen Marktanteils ausgerichtet werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/1162 in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei

Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Zu Buchstabe b

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/655 in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe c

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/1016 in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe d

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 17/544 in seiner 9. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 21. April 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Anträge auf Drucksachen 17/1162, 17/655, 17/1016 und 17/544 in seiner 10. Sitzung am 21. April 2010 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** kritisierte, die Anträge der Oppositionsfraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seien nicht hinreichend konkret. Zum Teil seien die Forderungen zu weitgehend, zum Teil lösten sie die Probleme nicht, wie etwa bei den Forderungen im Hinblick auf die Bahnindustrie. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei widersprüchlich, wenn er einerseits die Arbeit des Eisenbahn-Bundesamtes lobe, andererseits diesbezüglich in wesentlichen Punkten Verbesserungsbedarf behaupte. Was Forderungen nach einer Neuausrichtungen der Deutschen Bahn AG betreffe, sei zu beachten, dass sowohl Bundesminister Dr. Peter Ramsauer als auch der Vorstandsvorsitzende Dr. Grube bereits zum Ausdruck gebracht hätten, dass unter ihrer Führung das tägliche Kerngeschäft der Bahn in den Vordergrund gestellt werde.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass das Thema der Bahnsicherheit auch vor dem Hintergrund jüngster Vorfälle bei dem ICE 3 hochaktuell sei. Die in den vergangenen Monaten bei der Bahn aufgetretenen Sicherheitsprobleme seien nach wie vor nicht befriedigend gelöst. Auch die staatlichen Institutionen müssten alle Anstrengungen unternehmen, um die Sicherheitsprobleme in den Griff zu bekommen. Dies setze unter anderem voraus, dass das Eisenbahn-Bundesamt auch personell so ausgestattet sei, dass es seine Möglichkeiten voll ausschöpfen könne. Man müsse aber auch die gesellschaftsrechtlichen Möglichkeiten als alleiniger Aktionär der DB AG sowie die Möglichkeiten der Rechtsetzung ausschöpfen, um eine Verbesserung der Eisenbahnsicherheit zu erreichen. Es sei zu begrüßen, dass die DB AG das technische Controlling innerhalb des Unternehmens deutlich ge-

stärkt habe, was auf ein gewachsenes Sicherheitsbewusstsein hindeute.

Die **Fraktion der FDP** betonte, die Eisenbahnsicherheit hänge nicht von der Frage ab, ob einzelne Komponenten des rollenden Materials dauerfest oder lediglich betriebsfest seien. Bei den meisten Verkehrsträgern kämen Komponenten zum Einsatz, die nur eine begrenzte Lebensdauer hätten und dann ausgetauscht werden müssten, ohne dass dies als eine Einschränkung ihrer Sicherheit angesehen werde. Auch bei der Bahn müsse das Konzept dauerfester Komponenten vor dem Hintergrund der starken Beanspruchung des rollenden Materials aufgegeben werden. Entscheidend sei es, dass die Wartungsintervalle dem Rechnung trügen und gewährleistet sei, dass abgenutzte Komponenten rechtzeitig ausgewechselt würden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, sie stimme dem Anliegen der dem Ausschuss nach § 109 der Geschäftsordnung zur Stellungnahme übermittelten Petition zu, mit der gefordert werde, die Renditeziele der S-Bahn Berlin deutlich zu senken und mehr Mittel für Betrieb und Investitionen zur Verfügung zu stellen. Die Ausrichtung der Anträge der anderen Fraktionen sehe sie im Grundsatz als richtig an. Kritik sei aber an einzelnen Punkten zu üben. Die in dem Koalitionsantrag der CDU/CSU und FDP geforderte Stärkung des Betriebsleiters sei nicht realistisch, da dieser immer in dem Konflikt zwischen Sicherheitsaspekten und wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens stehe. Der Antrag der Fraktion der SPD betone die Verantwortung der Bahnindustrie zu sehr. Das Problem liege aber vor allem darin, was die Bahn bestelle. Sie forderte eine Rückkehr zu dem Konzept dauerhafter Sicherheit und eine Abkehr der DB AG von ihrer Börsenorientierung.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** forderte, dass das Konzept der Eisenbahnsicherheit nicht mehr an dem Modell einer sich selbst kontrollierenden Behördenbahn orientiert sein dürfe, sondern der Tatsache Rechnung tragen müsse, dass es mittlerweile eine Vielzahl privater Anbieter gebe. Die Aussage, dass sich die DB AG auf das tägliche Kerngeschäft konzentrieren wolle, stehe in Widerspruch zu ihren aktuellen Bemühungen, ein ausländisches Bahnunternehmen zu erwerben und damit ihre Globalisierungsstrategie fortzuführen. Sie sehe es als notwendig an, die Verantwortlichkeiten im Verhältnis zwischen den Eisenbahnverkehrsunternehmen und der Bahnindustrie klar zu regeln.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in die Beratung eine ihm nach § 109 Absatz 1 Satz 2 GO-BT vom Petitionsausschuss zur Stellungnahme übermittelte Petition zur S-Bahn Berlin (Ausschussdrucksache 17(15)43) in die Beratung einbezogen.

Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und DIE LINKE. den Antrag auf Drucksache 17/544 abzulehnen.

Den Antrag auf Drucksache 17/1016 empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung

der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er den Antrag auf Drucksache 17/655 abzulehnen.

Den Antrag auf Drucksache 17/1162 empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. anzunehmen.

Berlin, den 21. April 2010

Ulrich Lange
Berichterstatter

Uwe Beckmeyer
Berichterstatter

